

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Teil A: Einleitung	15
I. Zielsetzung der Dissertation.....	15
1. Gegenstand der Untersuchung	15
2. Fragestellung und Erkenntnisinteresse	20
3. Aufbau und Methodik der Arbeit.....	23
4. Stand der Forschung.....	25
II. Die Konstruktion der EWU im Maastrichter Vertrag.....	30
1. Die Hauptergebnisse des Maastrichter Vertrages hinsichtlich der EWU	31
2. Kritische Beurteilung der die EWU betreffenden Regelungen	39
2.1. Die Konstruktion des ESZB.....	39
2.2. Der Übergang in die 3. Stufe.....	41
2.3. Die Konvergenzkriterien im einzelnen	43
Teil B: Die Interdependenz von EWU und PU	51
Kapitel I: Souveränitäts- und demokratietheoretische Aspekte der EWU	51
I. Das Souveränitätskonzept	53
1. Theoretische Grundlagen und begriffliche Klärung.....	53
1.1. Die Entstehung des Begriffes	53
1.2. Souveränität und Staatsbegriff	56
1.3. Innere und äußere Souveränität.....	57
2. Auflösungserscheinungen der Souveränität im 20. Jahrhundert.....	60
2.1. Auswirkungen wachsender internationaler Verflechtung auf die Souveränität.....	61
2.2. Das Verhältnis der EG zur Souveränität der Mitglied- staaten vor Maastricht	67
3. Souveränität - Attribut des modernen Staates? - Versuch der Definition eines veränderten Souveränitätsbegriffes vor dem Hintergrund der europäischen Integration	69

4. Exkurs: Souveränität der Mitgliedstaaten nach Maastricht unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten	76
4.1. Das Souveränitätsverständnis einiger Mitgliedstaaten unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland	77
4.2. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.....	82
II. Souveränitäts- und demokratietheoretische Bewertung der geld- und währungspolitischen Regelungen im Maastrichter Vertrag: Das Verhältnis der EG zur Souveränität der Mitgliedstaaten nach Maastricht.....	89
1. Staatlichkeit und Währung.....	90
1.1. Bedeutung und Rolle der Währung sowie der geld- und währungspolitischen Kompetenzen für einen Staat	90
1.2. Souveränitätstheoretische Bewertung der Vergemeinschaftung der Geld- und Währungspolitik im Maastrichter Vertrag	95
2. Staatlichkeit und Notenbank.....	98
2.1. Die Stellung von Zentralbanken im Staat	99
2.2. Die Einbettung einer unabhängigen Zentralbank in den staatlichen Rahmen am Beispiel der Deutschen Bundesbank	106
2.2.1. Demokratische Legitimation der Deutschen Bundesbank als eigener geld- und währungspolitischer Instanz und sachliche Begründung ihrer Unabhängigkeit	107
2.2.2. Demokratietheoretische Rechtfertigung der Unabhängigkeit einer Zentralbank am Beispiel der Deutschen Bundesbank	112
2.3. Bedarf einer Europäischen Zentralbank einer ihr übergeordneten "staatsleitenden Kraft"?	121
2.3.1. Die Frage der demokratischen Rechtfertigung der EZB als unabhängiger Zentralbank	122
2.3.2. Das Problem der faktischen Realisierbarkeit der Unabhängigkeit der EZB	126
2.3.3. Die Interdependenz von EWU und PU über die EZB	128
3. Zusammenfassung	132
Kapitel II: Ökonomische Funktionsbedingungen der EWU	137
I. Theoretische Grundlegung	139
1. Chancen und Risiken einer WU	139
2. Theorie optimaler Währungsräume.....	142
2.1. Darstellung der Theorie	142
2.2. Die EG als optimaler Währungsraum?	148

2.3. Wirtschaftspolitische Implikationen in einem nicht-optimalen Währungsraum	153
2.4. Die EG im Lichte der Theorie optimaler Währungsräume: Zusammenfassung und Bewertung.....	156
3. Alternativer Ansatz zur Theorie optimaler Währungsräume: Konvergenz als zentrale Funktionsbedingung der EWU	158
3.1. Wirtschaftliche Konvergenz in ihren verschiedenen Ausprä- gungen: Nominale und reale Konvergenz	159
3.2. Reale und nominale Konvergenz als Funktionsbedingungen der EWU	162
II. Analyse und Implikationen der Funktionsbedingungen der EWU	169
1. Geldwertstabilität als Funktionsbedingung der EWU.....	171
1.1. Funktionale Zusammenhänge zwischen WU und Finanz- und Budgetpolitik.....	171
1.2. Verschiedene Varianten der Disziplinierung der Budget politik unter Berücksichtigung der funktionalen Zusam- menhänge.....	177
1.2.1. Marktmäßige Disziplinierung	179
1.2.2. Finanzpolitische Selbstbindung durch ein koordinie- rendes Regelsystem	185
1.2.3. "Vergemeinschaftung" finanzpolitischer Kompetenzen....	188
1.3. Institutionalisierung eines budgetpolitischen Regelsystem.....	191
1.4. Zusammenfassung: Implikationen der Geldwertstabilität als Funktionsbedingung der EWU	202
1.5. Exkurs: Die wechselkurspolitische Kompetenz in der EWU.....	203
2. Reale Konvergenz als Funktionsbedingung der EWU	207
2.1. Funktionale Zusammenhänge zwischen WU und Wirtschafts- politik über die Funktionsbedingung realer Konvergenz	207
2.2. Konvergenz der Wirtschaftspolitik zur Verbesserung realer Konvergenz.....	209
2.3. Finanzausgleich.....	215
2.3.1. Strukturpolitisch motivierter Finanzausgleich mit dem Ziel der Verbesserung realer Konvergenz	217
2.3.2. Finanzausgleich zu Stabilisierungszwecken: Kompensierende Maßnahmen bei wirtschaftlichen Störungen.....	226
2.3.2.1. Diskretionäre gegenseitige Versicherung gegenüber länderspezifischen makroökonomischen Schocks	227
2.3.2.2. Interregionale Haushaltsströme mit automa- tischen Stabilisatoren	228

2.3.3. Auswirkungen eines Finanzausgleichs auf den Gemeinschaftshaushalt und die Einnahmenpolitik der Gemeinschaft.....	231
2.4. Zusammenfassung: Implikationen realer Konvergenz als Funktionsbedingung der EWU	238
3. Exkurs: Geldwertstabilität und reale Konvergenz: Besondere Rolle der Lohnpolitik in der EWU	240
3.1. Funktionaler Zusammenhang zwischen WU und Lohnpolitik	241
3.2. "Gemeinsame" Lohnpolitik bei Lohndifferenzierung	243
III. Folgen der Implikationen der ökonomischen Funktionsbedingungen der EWU	246
1. Staatliche Strukturen zur Gewährleistung der ökonomischen Funktionsbedingungen der EWU?	246
2. Souveränitätstheoretische Bewertung der ökonomischen Funktionsbedingungen der EWU	249

Teil C: Implikationen der Interdependenz von EU und PU im Hinblick auf die Gesamtstruktur der Gemeinschaft.....	255
I. Die PU - funktionales System von Zuständigkeiten oder Staatsverband?	255
1. Die PU als funktionales System von Zuständigkeiten?	255
2. Umstrukturierung der EU in einen Staatsverband als Ausdruck ökonomischer, souveränitäts- und demokratietheoretischer Implikationen der EWU.....	258
II. Strukturmodell eines Europäischen Bundesstaates	260
1. Bestehende Verfassungsentwürfe	260
1.1. "Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union" des EP vom 14. Februar 1984.....	261
1.2. "Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union" des EP vom Februar 1994	266
1.3. Reformprogramm für die EU der Europäischen Strukturrekommision von 1994	269
2. Institutionelle und konstitutionelle Strukturen eines Europäischen Bundesstaates	272
2.1. Institutionelle Anforderungen an einen Europäischen Bundesstaat.....	272
2.1.1. Das Europäische Parlament.....	274
2.1.2. Der Ministerrat als Staatenkammer.....	277

2.1.2. Weiterentwicklung der Kommission zur Europäischen Regierung	280
2.2. Die konstitutionelle Ebene eines Europäischen Bundesstaates	280
2.2.1. Grundstrukturen einer Europäischen Verfassung	281
2.2.2. Verfassungsmäßig zu verankernde staatliche Elemente.....	283
2.2.3. Kernkompetenzen eines Europäischen Bundesstaates	286
3. Die Europäische Union: Staat, aber nicht Nation	287
Teil D: Integrationstheoretische Voraussetzungen der Verwirklichung einer EPU.....	293
I. Die Bedeutung von Integrationstheorien für den zu untersuchenden Zusammenhang	293
II. Die relevanten Theorierichtungen in der Übersicht.....	295
1. Funktionalismus.....	296
1.1. Funktionalismus im Sinne Mitransy	296
1.2. Neofunktionalismus	297
1.3. Rehabilitierung des Neofunktionalismus	300
2. Theorie des Föderalismus.....	305
3. Kommunikationstheorie	306
4. Bewertung der Integrationstheorien	308
III. Darstellung der Eckpunkte der Integrationspolitik unter Bezugnahme auf den integrationstheoretischen Hintergrund	309
1. Die Entwicklung der europäischen Integration bis zur Gründung der EWG	310
2. Stagnation und Wiederbelebung der europäischen Integration	318
3. Zwischenbilanz.....	325
IV. Analyse des funktionalen Ansatzes hinsichtlich seiner Eignung für eine umfassende politische Integration	328
1. Integrationstheoretische Analyse des Integrationsschrittes zur EWU	328
1.1. Die dem Maastrichter Vertrag vorausgehenden Anläufe hin zu einer WU.....	328
1.2. Die der EWU zugrunde liegende politische Finalität.....	330
2. Der Integrationsschritt zur PU: Rehabilitierung und Ergänzung der Theorie des Föderalismus	335

2.1. Die Theorie des Föderalismus als adäquate Integrationsstrategie für den Schritt zu einer PU	335
2.2. Handlungs- und interessentheoretische Voraussetzungen	337
2.3. Nationalstaatliche Interessen hinsichtlich einer PU	339
3. Zusammenfassung und Bilanz.....	346
Teil E: Abschließender Exkurs: Historische Währungsunionen des 19. Jahrhunderts im Überblick	351
I. Zwei Typen von monetären Unionen im 19. Jahrhundert.....	353
1. Monetäre Unionen zwischen souveränen Staaten	354
2. Monetäre Unionen als Ergebnis politischer Integration	358
II. Die politische, wirtschaftliche und monetäre Entwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert: Vom Zollverein zum Deutschen Reich und zur Reichsbank	360
1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung	361
2. Die monetäre Integration	365
III. Währungsunionen im 19. Jahrhundert: Bilanz und Lehren.....	367
1. Wirtschaftliche Konvergenz und Interdependenz zwischen WU und PU.....	367
2. Determinanten politischer Integration im deutschen Einstiegsprozeß im 19. Jahrhundert.....	370
Teil F: Zusammenfassung und Ausblick: Die EWU als Langfristperspektive.....	373
I. Zusammenfassung der Hauptergebnisse.....	373
II. Die Realisierungschancen der Voraussetzungen der Funktions- und Bestandsfähigkeit der EWU	378
III. Ausblick	383
Bibliographie	387
Anhang: Statistische Übersichten zur Konvergenz	437
Tabelle 1: Nominale Konvergenzlage der Mitgliedstaaten der EG.....	437
Tabellen 2-5: Die nominalen Konvergenzkriterien im einzelnen.....	438
Tabellen 6a-10: Kriterien realer Konvergenz der Mitgliedstaaten der EG	442